



Volker Mayer-Lay MdB



Bericht aus Berlin – Nr. 51 vom 15. März 2024

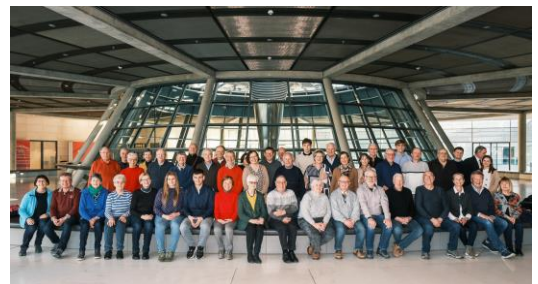
Sehr geehrte Damen und Herren,

durch meine Berufung in den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages **bin ich bei vielen aktuellen Geschehnissen unmittelbar dabei**. So auch mit Blick auf den Eklat durch **das Abhören eines vertraulichen Telefonats deutscher Generäle zu möglichen Lieferungen von Taurus-Flugkörpern an die Ukraine durch den russischen Geheimdienst**. Durch die gezielte Veröffentlichung der abgehörten Besprechung zielt Russland klar auf eine Verunsicherung und Schwächung Deutschlands ab. Um mit Blick hierauf endlich Licht ins Dunkel zu bringen, hatten wir als Unionsfraktion eine **Sondersitzung des Verteidigungsausschusses** beantragt. Dass diese nicht – wie eigentlich mit Blick auf die Brisanz des Sachverhalts geboten gewesen wäre – bereits in der vergangenen Woche, sondern erst am Montag dieser Woche stattfand zeigt wieder einmal, wie die Bundesregierung agiert: Man lässt sich Zeit, der Bundeskanzler sagt die Unwahrheit und hat allem Anschein nach auch nur wenig Interesse an einer Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge. **Dass er darüber hinaus auch Verbündete wie Frankreich oder Großbritannien brüskiert und ohne Not brisante militärische Geheimnisse offenherzig freigibt, lässt viele Beteiligte nur noch mit dem Kopf schütteln**. Sich nicht erinnern können oder wollen ist das eine, allerdings absichtlich oder fahrlässig Geheimnisse von Freunden preiszugeben und so seinem Land zu schaden, steht einem Bundeskanzler nicht gut zu Gesicht.

Und auch meine bisherige Funktion als Berichterstatter der Unionsfraktion für den Verbraucherschutz bringt weiterhin umfangreiche Aktivitäten mit sich. So hatte ich gestern am späten Abend die Gelegenheit, einen von mir zum Thema der **so genannten „Mogelpackungen“** vor gut einem Jahr erstmals in den Bundestag **eingebrachten Antrag, in finaler Lesung vorzustellen und zu verteidigen**. Es ist unverändert ein Unding, dass Herstellerfirmen den Inhalt von Packungen reduzieren und den Preis – und ebenso die Umverpackung selbst – unverändert lassen. Ich fordere in meinem Antrag die Bundesregierung auf, **diesen versteckten Preiserhöhungen den Kampf anzusagen**. Allerdings ist in dem Jahr seit der ersten Debatte folgendes passiert – Nichts! Ein weiteres Beispiel dafür, wie weit bei der Ampel Anspruch und Realität auseinanderklaffen. Meine Rede können Sie [hier](#) ansehen.

In der vergangenen Woche statteten knapp **50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer meiner ersten Bildungs- und Informationsfahrt in diesem Jahr der Hauptstadt einen viertägigen Besuch** ab. Falls auch Sie Interesse an der Teilnahme an einer solchen, vom Bundespresseamt der Bundesregierung organisierten Fahrt haben, können Sie sich sehr gerne – **am besten per E-Mail – an mein Berliner Team wenden**. Insgesamt gibt es pro Jahr drei Termine für eine so genannte **BPA-Fahrt**.

*Ich wünsche Ihnen ein schönes
Wochenende – Ihr*



Die BPA-Fahrtteilnehmer im Reichstag.

Wir am See

Zu Besuch bei der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) in Friedrichshafen

Ende Februar war ich auf Einladung der Christlichen Gewerkschaft Metall **zu Gast bei einer Vertrauensleute-Sitzung der CGM-Betriebsgruppe von Rolls Royce/ MTU**. Neben aktuellen Themen aus Politik und Wirtschaft ging es dabei ebenfalls um die Lage der Demokratie in unserem Land und damit einhergehend um die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung. Darüber hinaus stellten viele Anwesende die Frage, **wie der aktuelle Attraktivitätsverlust des Standorts Deutschland** – gerade mit Blick auf die großen internationalen Herausforderungen – **bekämpft werden kann**. Hier ist insbesondere die Bundesregierung gefordert, unseren Unternehmen weniger Steine in den Weg zu legen und hierdurch dazu beizutragen, **eine Abwanderung von Firmen und Arbeitsplätzen in andere Länder zu verhindern**.



Im kleinen Speisesaal der MTU-Kantine – zu Gast bei der CGM-Betriebsgruppe in Friedrichshafen.

Schulklasse der Gemeinschaftsschule Schreinesch aus Friedrichshafen zu Besuch im Bundestag

Gestern Abend – kurz vor meiner oben erwähnten Plenarrede – konnte ich knapp 40 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Gemeinschaftsschule Schreinesch aus Friedrichshafen zu einem Gespräch inklusive ausgiebiger Diskussion im Bundestag, bzw. besser gesagt im Paul-Löbe-Haus, begrüßen. Ich stellte den Schülerinnen und Schülern **meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter dar und tauschte mich mit ihnen zu verschiedenen aktuellen Themen aus**. Nach einem gemeinsamen Erinnerungsfoto (siehe rechts) gab es für die Schülerinnen und Schüler ein Abendessen im Besucherrestaurant, bevor es dann zu einem Besuch der Plenardebatte auf die Tribüne des Plenarsaals – inklusive meiner Rede zu den Mogelpackungen – und **abschließend dann zum Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes** ging.



Mit den Schülerinnen und Schülern der Schreinesch-Schule im Paul-Löbe-Haus.

Fabian Felsheim als Praktikant in meinem Berliner Abgeordnetenbüro

In diesem Monat unterstützt mich Fabian Felsheim aus Überlingen **im Rahmen eines vierwöchigen Praktikums**. Herr Felsheim hat vergangenes Frühjahr sein Abitur am Gymnasium Überlingen abgelegt. Nach einem berufsorientierenden Jahr möchte er nun im kommenden Herbst **ein Jurastudium beginnen**. Durch sein Praktikum in meinem Berliner Abgeordnetenbüro hat Herr Felsheim die Möglichkeit einen **umfangreichen Einblick in die Arbeitsweise des Bundestages sowie eines Bundestagsabgeordneten** zu erhalten, besonders während der beiden Sitzungswochen, die in den Zeitraum seines Praktikums fallen. Neben Politik interessiert sich Herr Felsheim für Geschichte und rudert in seiner Freizeit.



Herzlich willkommen Herr Felsheim.

Themen der Woche

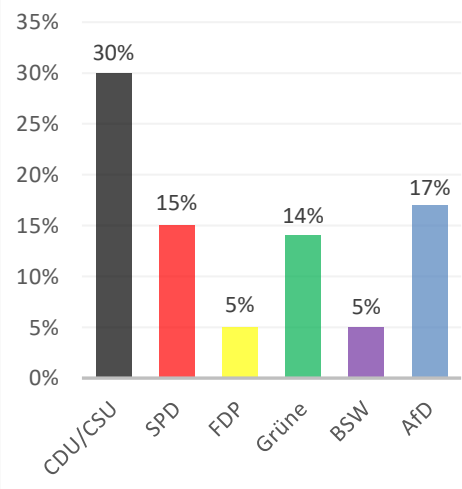
Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – getroffene Vereinbarungen umsetzen

Der Zustrom an Asylbewerbern, die in unser Land kommen, ebbt nicht ab. Nachdem im Jahr 2023 fast 330.000 Erstanträge auf Asyl gestellt wurden, waren es in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bereits 47.000. Dabei ist **Deutschland als Migrationsziel im europäischen Vergleich unverändert attraktiv**. So entfällt mit ungefähr 30 Prozent ein nach wie vor überproportional hoher Anteil aller in der EU gestellten Asylanträge auf Deutschland. Aufgrund der weltpolitischen Lage – aber auch aufgrund der nicht ausreichenden Aktivitäten auf EU- und Bundesebene – wird diese für Kommunen und die gesamte Gesellschaft herausfordernde Situation auch **auf absehbare Zeit bestehen bleiben**. Aus diesem Grund haben wir in einem Antrag der Unionsfraktion – gemeinsam mit den Landesregierungen – **die Ampel-Bundesregierung dazu aufgefordert, endlich zu handeln**. So müssen die im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz von letztem November vonseiten des Bundes gegebenen **Zusagen umgesetzt werden**. Dies ist bisher zu einem sehr großen Teil schlicht nicht der Fall. Die in der vergangenen Woche – nach der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz – vom Bundeskanzler verkündeten **allgemeinen Absichtserklärungen reichen nicht aus!** Aufgrund von internen Meinungsverschiedenheiten kann sich die Ampel nicht einigen – und agiert überhaupt nicht. Dabei muss die illegale Migration endlich dringend begrenzt werden.

Antrag mit dem Ziel, die Digitalisierung überall voranbringen

In dieser Woche wurde unser Antrag **„Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen“** abschließend in zweiter/dritter Lesung beraten. Da die Potentiale in diesem Bereich immens sind, forderten wir die Bundesregierung auf, **die Voraussetzung für eine weitere umfassende Digitalisierung zu verbessern**. Aktuell wird vor allem das Potenzial im Bereich der Vernetzung nur sehr unzureichend genutzt. **Hier lässt die Ampel-Bundesregierung bislang jegliche zukunftsweisenden Visionen vermissen, was auch Länder und Kommunen kritisieren**. Daher stellen wir nun in unserem Antrag die nachdrückliche Forderung nach einer **Digitalisierungsstrategie**, die insbesondere die Auswertung und Bündelung der Erfahrungen aus bisherigen Modellprojekten in diesem Bereich voranbringen soll. Kurz gesagt müssen die Rahmenbedingungen derart angepasst werden, dass es gelingt – in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Kommunen – **unser Land auch in diesem Bereich fit für die Zukunft zu machen. Was hier bisher geschehen ist, reicht schlicht nicht aus**.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, erhielten



Quelle: Forsa, 12.03.2024

Zitat der Woche

„Ich muss diesen Vorwurf erheben: Sie spielen nicht mit klaren Karten, und Sie zielen darauf ab, die Öffentlichkeit in dieser Frage zu täuschen, in einer Frage der europäischen und nationalen Sicherheit.“

Mein Kollege, der Außenpolitik-Experte Norbert Röttgen am Mittwoch bei der Befragung des Bundeskanzlers.

Terminauswahl

Mo., 18.03.2024	Unterstützungsveranstaltung zum Bau der B31neu im Verkehrsministerium.
Mo., 18.03. bis Fr. 22.03.2024	Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.
So., 24.03.2024	47. Jahreshauptversammlung des Blasmusikverbands Bodenseekreis e.V.
Mo., 24.03. bis Do. 28.03.2024	Reservedienstleistung bei der Bundeswehr.